

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

3.10.1924 (No. 231)



Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkontos  
Karlsruhe  
Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Kneub,  
Karlsruhe

Wagenpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beizreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinendruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Wirtschaftliche Umschau

Durch die in dem Unterausschuß der Aufwertungskommission des Reichstags mitgeteilten Pläne des Reichsfinanzministers ist die Aufwertungsfrage wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Inflation hat hier ein soziales Problem geschaffen, dessen Wirkung nicht weniger weittragend als die anderen sozialen Probleme der Staat auch politisch zu spüren bekommt. Die durch die Inflation Entwerteten, ihrer Ersparnisse, der Erträge ihrer Arbeit, ihres Familienvermögens beraubten sind heute ein Faktor, mit dem der neue Staat zu rechnen hat und seine Tragik, wie die der Betroffenen ist es, daß das Problem ebenso schwer einer auch nur annähernd gerechten Lösung entgegenzuführen ist, wie die Mittel unzureichend sind, die dafür zur Verfügung stehen.

Übereinstimmung besteht darüber, daß auf keinen Fall die Spekulation aus einer Regelung der Aufwertungsfrage Nutzen ziehen darf, denn das wäre eine Verschleuderung der Mittel, die bis zum letzten ausgenutzt werden müssen, um den durch die Inflation Geschädigten zu helfen. Kognitiverweise sind dies zunächst diejenigen, welche seinerzeit, vor allem auch vor dem Krieg ihr gutes Geld gegen Staatsanleihen und andere Wertpapiere hergaben, Hypotheken gewährten, Sparkassenguthaben einlegten, in der sicheren Erwartung, daß der Staat, seine Macht und seine Gesetze ihnen ihren Besitz verbürgen würden. Als nach dem völligen Zusammenbruch der deutschen Währung der Grundfaß Mark = Reichsmark tatsächlich aufgehoben wurde, entstand naturgemäß die Frage, wie es sich mit den rückwirkenden Folgen der Aufgabe dieses immer unhaltbarer gewordenen Grundfaßes verhalte; das Aufwertungsproblem, das bisher mehr unter der Oberfläche vorhanden war, trat ins volle Licht, wobei sich allerdings gleichzeitig seine Kompliziertheit, wenn auch noch nicht alle seine Schwierigkeiten und seine ganze Tragweite zeigen.

Die Dritte Steuernotverordnung brachte zwar die bekannte Regelung, aber diese, die — was allerdings auch wesentlich einfacher war — in der Hauptsache den Schuldnern, Privaten, Gemeinden, Ländern, dem Reich zugute kam, hat derartige Angriffe erfahren, daß schließlich der Reichstag eine besondere Kommission zur Neuregelung der Aufwertungsfrage ansetzte, die allerdings bis heute nicht vorwärts gekommen ist, obwohl sie nach einem Unterausschuß eingeseht hat. Zuletzt hat man sich mit der Kriegsanleihe beschäftigt, für die schon in der dritten Steuernotverordnung der Grundfaß aufgestellt war, der so recht die traurige Lage Deutschlands illustriert, daß nämlich bis zur Tilgung der Reparationsschuld kein Gläubiger vom Reich und Staat eine Verzinsung und ein Kapital fordern könne. Die Reichsregierung hat jetzt wieder erklären lassen, daß eine Aufwertung oder auch nur eine geringe Verzinsung gegenwärtig infolge der Finanzlage des Reichs unmöglich sei, und der Reichsfinanzminister hat der Kommission einen Plan unterbreitet, um nachweisbar bedürftigen Besitzern von Kriegsanleihen auf sozialem Wege zu helfen, ihnen also Unterstützung zu gewähren, ein Plan, welcher übrigens nur die Hälfte von Kriegsanleihe befindlichen berücksichtigt, dagegen nicht die noch viel Bedauernswerteren, die nicht instande waren, ihre Kriegsanleihe zu behalten, sondern zum Teil längst schon gezwungen waren, sie zu veräußern. In vielen Fällen war das aber tatsächlich aus Not der Fall, in anderen Fällen verjuchten infolge der weiter drohenden Geldentwertung die Betroffenen noch etwas zu retten und kauften andere Papiere, die — gleichfalls der Entwertung verfielen. Wie viele Alte und Witwen, die einst nicht nur nicht dem Staat zur Last zu fallen drohten, sondern selbst als Rentner noch gute Steuerzahler waren, genießen längst Kleinrentnerunterstützungen und auch diese nicht, wenn sie erwerbsfähige Söhne oder Töchter haben. Selbst diesen Söhnen und Töchtern aber ist es nicht anders gegangen, ihre Vermögen, die zum Studium oder zur Aussteuer bestimmt waren, sind dahin, vorhandene Wertpapiere wurden von Wertstudenten gegen wenige Goldmark dahingegeben, um sich notwendige Bücher und Studienmittel zu beschaffen und vor 2 Jahren erhielt ein Mädchen für ihr von ihr selbst in Kriegsanleihe angelegtes Vermögen von 20 000 M. gerade soviel, daß sie sich einige wenige Bücher zur Aussteuer anschaffen konnte.

Bei dem Plan des Reichsfinanzministeriums handelt es sich somit, auch wenn er noch verbessert werden sollte, lediglich um den vorläufigen Versuch einer Teillösung eines Teilproblems der Aufwertungsfrage auf sozialem Wege,

Im übrigen aber bleibt bis auf weiteres die Tatsache, daß über 100 Milliarden Goldmark angelegt in Staatsanleihen, 20 Milliarden, den Sparkassen anvertraut, viele Milliarden als Hypothekendarlehen eingetragen, ehrlichen Sparern entzogen worden sind und daß kein Weg zu sehen ist, wie das begangene Unrecht auch nur annähernd gut zu machen wäre. Selbst wenn die Wünsche des Hypothekengläubiger- und Sparererschuttsverbandes, der übrigens statt des Begriffes Aufwertung den richtigeren Begriff Umwertung einsetzt — sich erfüllen ließen, könnte nur einem Bruchteil der Sparer geholfen werden, da selbst diese Vorschläge eine Aufwertung der vor dem 1. Juli 1921 zurückgezahlten Beträge ausschließen. Die Vorschläge begründen das mit der damals noch stärkeren inneren Kaufkraft des Geldes, vergessen aber dabei, daß davon nur diejenigen Nutzen hatten, die folgende Sachwerte erwarben.

Daß die Dritte Steuernotverordnung auf jeden Fall noch erhebliche Mängel aufweist, ist unbestreitbar. So kann u. a. der Schuldner zwar aus Willigkeitsgründen von der Aufwertungsstelle eine Abwertung unter den Normalfuß von 15 Prozent erreichen, während der Gläubiger, selbst wenn der Schuldner dazu leicht in der Lage wäre, eine Überbewertung unter keinen Umständen zugestimmt erhalten kann. Der Aufwertungsanspruch hat übrigens noch keinerlei Befristung erfahren, es liegen ihm eine Reihe von Anträgen vor, u. a. ein solcher, die der Zinsfiktionalität von Mitteln zur allgemeinen Aufnahme des Zinsendienstes für öffentliche Anleihen vorkieft. Aus den oben angeführten Gründen ist auch damit für die meisten, die alles verloren haben, nichts gewonnen.

Daß wir noch immer stark in der Denkweise der Inflationszeit leben, zeigen die kirchlichen Vorgänge an den Börsen, an denen Riesenverluste eintraten, nachdem ein geradezu katastrophaler Zusammenbruch der Spekulation in deutschen Fonds eingetreten war. Tag für Tag waren auf unkontrollierbare Gerüchte in der Aufwertungsfrage der Anleihekurse in die Höhe getrieben worden, und alle offiziellen Warnungen waren erfolglos geblieben. Als dann die Mitteilung kam, daß die in spekulativer Absicht an den Börsen zusammengekauften Anleihen auf keinen Fall bei der Aufwertung berücksichtigt würden, brachen die Kurse zusammen. Die Spekulation mußte nun ihre Verbindlichkeiten regulieren und dies spürte auch der Aktienmarkt. Viel Vermögen und Nervenkraft ist somit wieder lediglich aus Spekulations- und Spielguthaben und aus der Absicht, mühelose schnelle Gewinne zu erzielen, vergeudet worden, wobei es ebenso bedauerlich wie bezeichnend bleibt, daß gerade die Börse, auch heutigen Tags noch nicht den klaren Blick für die realen Möglichkeiten gewonnen hat, der in der Periode der Stabilisierung so dringend wünschenswert wäre. Das Hin und Her an den Börsen dauert übrigens weiter an.

Was die allgemeine Wirtschaftslage anlangt, so ist eine leichte Belebung der Produktion zu verzeichnen und auch in Baden ist die Zahl der Arbeitslosen wieder etwas zurückgegangen. Vor einer Überschätzung der Besserung muß jedoch gewarnt werden. Auch daß die deutsche Handelsbilanz im August weiter aktiv ist, besagt wenig, denn wiederum zeigen die einzelnen Ziffern, daß dies in der Hauptsache auf die Einschränkung der Einfuhr von Rohstoffen zurückzuführen ist, deren Erwerb eben infolge der Kreditnot behindert war. Erfreulicherweise ist wenigstens auch die Einfuhr von Fertigwaren zurückgegangen. Der Export nach dem Ausland weist nur eine geringe Steigerung auf, er hat im August etwa die Hälfte des Friedenssummes betragen. Von dem Ertrag unserer Ausfuhr aber sollen wir nicht nur die Lasten des Dawesplanes, sondern auch die Zinsen für die Auslandsanleihen bezahlen und überdies soll sie uns instand setzen, für unsere Bevölkerung die Bedürfnisse einzuführen, die nicht im Inland erzeugt werden können. Besondere Schwierigkeiten wird in diesem Jahre infolge der katastrophalen Missernte die Getreide- und Brotversorgung machen. Deutschland wird viel größere Getreidemengen im Ausland einkaufen müssen als in normalen Jahren, und dies kann infolge des dadurch erschwerten Ausgleiches unserer Handelsbilanz seine ernststen finanziellen Rückwirkungen haben.

In Paris haben nun die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen, und bezeichnend ist es, daß ihr Auftakt die Einführung der 25prozentigen Reparationsabgabe für deutsche Waren durch Frankreich war, die, wenn sie auch direkt die deutschen Waren nicht be-

lastet, da die Beträge ja auf Reparationskonto angerechnet und daraus erseht werden, doch eine schwere Behinderung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich und eine deutsche Sonderdividende bedeutet. Wenn die deutsche Regierung erklärt hat, daß diese Abgabe nur England gemäß dem Sinn des Londoner Abkommens zustehe, so hat sie etwas sehr Notwendiges getan, denn bereits künftigen auch Belgien und Italien an, dem Beispiel Frankreichs folgen zu wollen. Als eine deutsche Antwort auf den französischen Schritt kann auch angesehen werden, daß Deutschland nun erklärt, nach Rückgewinnung seiner Freiheit in Bezug auf das Meistbegünstigungsrecht mit dem 11. Januar auf Gegenseitigkeit bestehen zu müssen.

Die Verhandlungen über die im Dawesplan vorgesehene große Reparationsanleihe, die zur Zeit in London in Anwesenheit des deutschen Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten stattfinden, stehen anscheinend vor dem Abschluß, doch ist noch nicht bekannt, wann die Auflegung der Anleihe, der man allgemein gute Aussichten zuspricht, erfolgt. Das baldige Zustandekommen der Anleihe ist deshalb wichtig, weil erst, wenn die deutsche Regierung einen Vertrag mit den Emissionshäusern abgeschlossen hat, die Reparationskommission das Zustandekommen des Sachverständigenplanes feststellen kann, und davon hängt das Laufen einer Reihe von Fristen ab. Wann der Anleihebetrag tatsächlich aufgebracht wird, ist übrigens hierfür nicht maßgebend.

Im Verfolg des Dawesplanes ist jetzt die Reichsbahn-Gesellschaft gegründet worden, die nun unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Beteiligung des Auslandes betrieben werden und sehr erhebliche Reparationsbeträge aufbringen soll, im ersten Jahr 200 Millionen, steigend bis 600 Millionen jährlich. Ob sie solche Reingewinne abwerfen wird und kann, scheint recht fraglich. Sie soll zwar nach dem Londoner Abkommen ihren Betrieb „unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft“ führen, aber es bleibt abzuwarten, wie sich die finanziellen Verpflichtungen der Reichsbahn damit vertragen werden.

Eine weitere Gründung, die zwar nicht eigentlich vom Dawesgutachten vorgesehen war, jedoch zu den Schutzvorrichtungen gehört, die Deutschland schließlich durchgesetzt hat, um die belasteten Kreise vor einer unmittelbaren Einwirkung des Auslandes zu schützen, ist dieser Tage erfolgt. Die Bank für Industrieobligationen soll eine gerechte Verteilung der Lasten gewährleisten und verhindern, daß die Obligationen in freihändigem Verkauf in ausländische Hände übergehen. Auf die Bank kann der Treuhänder auch den Zinsen- und Tilgungsdienst der Obligationen übertragen. Auch kann die Bank gemeinsam mit dem Treuhänder gestatten, daß von der hypothekarischen Belastung einzelne Grundstücke ausgenommen werden und daß die Hypothek durch Verpfändung von Wertpapieren erseht wird. Durch die Bank werden neun Zehntel aller Industrieobligationen gehen. Ausgenommen sind nur die Obligationen, die unmittelbar von den großen Gesellschaften — es wird sich etwa um 80 Gesellschaften mit einer Untergrenze von 20 Millionen Mark Betriebsvermögen handeln — ausgegeben werden müssen. Aber auch für diese Obligationen sind Kautelen vorgesehen, daß sie nur zu reichsfinanziellen Zwecken benutzt werden können.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Paris werden von heute ab streng vertraulich geführt. Es werden keinerlei Mitteilungen an die Presse ergehen, mit Ausnahme der amtlichen Communiqués, die von Zeit zu Zeit ausgeben werden sollen.

Zur Abänderung der preussischen Abbauperiode. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, haben die Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum im preussischen Landtag beantragt, die Personalabbauperiode dahin abzuändern, daß der Beschluß, durch den ein Magistratsmitglied in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird, zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf. Verlangt sie diese Zustimmung, so entscheidet auf Antrag der Stadtverordnetenversammlung des Staatsministeriums. Dieses Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1924 haben.

Zum Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. wurde von der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Stadtrat Dr. Laubmann gewählt.

Verabschiedung der Dienstzeit in Belgien. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, sofort nach der Beendigung der Ruhebefehle die Militärdienstzeit von 14 auf 12 Monate herabzusetzen, wie das Gesetz es vorschreibt. Auf die Jahresschleife 1923 soll diese Maßnahme bereits Anwendung finden.



## Schluss der Genfer Völkerbundstagung

Die 5. Völkerbundsversammlung in Genf ist am Donnerstag abgeschlossen worden. Einstimmig, das heißt mit 47 Stimmen der anwesenden Delegierten, nahm die Versammlung ohne Stimmhaltung die Resolution an, in der den Regierungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes empfohlen wird, die Annahme des Sicherheitspaktes in ernste Erwägung zu ziehen, und der Völkerbundsrat mit der Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz beauftragt wird. Ebenso wurde einstimmig eine zweite Resolution angenommen, die den Mitgliedsstaaten nahelegt, möglichst bald das entsprechende Art. 36 Abs. 2 der Satzung des Internationalen Gerichtshofes aufgelegte Sonderprotokoll zu unterzeichnen.

Eine dritte, von Lange-Norwegen, eingebrachte Resolution, in der der Völkerbundsrat beauftragt wird, auf die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz bestimmte Vorschläge über die Herabsetzung des Heeresbudgets, die Einrichtung entmilitarisierter Zonen, das Investitionsrecht in allen Vertragsstaaten usw. zu setzen, wurde von Gammans bekämpft, da es unstatthaft sei, die Handlungsfreiheit des Rates jetzt schon zu binden. Nachdem Präsident Motta ausdrücklich festgestellt hatte, daß die Handlungsfreiheit des Rates durch die Annahme der Resolution nicht beeinträchtigt und dies im Verhandlungsbericht der Versammlung verzeichnet werden soll, nahm die Versammlung auch die dritte Resolution an.

In der Schlussitzung am Nachmittag ergriff der Präsident Motta das Wort zu einer langen, mit starkem Beifall aufgenommenen Schlussansprache, in der er einen Überblick über die Arbeiten der Tagung gab. Wenn die Abrüstungskonferenz nicht zustande kommen sollte, bleibe den Menschen nichts anderes übrig, als mit Entsetzen über die Opfer nachzugraben, die ihnen der nächste Krieg mit den chemischen Giftmitteln bereiten werde. Allerdings genüge das Protokoll nicht, solange es nicht von dem Gedanken der Gefahrung der Welt befreit werde. Redner verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Schweiz, wo Italiener, Franzosen und deutsche Schweizer einträchtig miteinander lebten und gegenseitig ihre großen Kulturen achteten. Den Beschluss der deutschen Regierung im Bezug auf den Eintritt in den Völkerbund bezeichnete Präsident Motta als ein gutes Anzeichen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag nicht mehr fern sein möge, an dem Deutschland sich aktiv an den Völkerbundsarbeiten beteiligen werde.

Während der letzten Sitzung wurde das Schieds- und Sanktionsprotokoll zur Unterzeichnung aufgelegt. Folgende neun Delegationen haben sich zur sofortigen Unterzeichnung bereit erklärt: Frankreich, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Griechenland, Letland, Estland und Portugal. Die anderen haben dem Protokoll zugestimmt und sich bereit erklärt, ihren Regierungen die Annahme zu empfehlen.

### Das Ergebnis der Tagung

Die 5. Völkerbundsversammlung hat ihre Arbeiten am 1. September eröffnet und fast eine Woche länger gedauert, als vorgesehen war. Sie hielt im ganzen 29 Vollsitzungen ab und daneben überaus zahlreiche Kommissionsitzungen, darunter mehrere Nachsitzungen. Nur ein einziger neuer Staat wurde in diesem Jahre aufgenommen, St. Domingo, da keine anderen Kandidaturen vorlagen. Die Zahl der Völkerbundsmitglieder beträgt damit 55. Dagegen fehlten auch in diesem Jahre verschiedene Mitglieder des Völkerbundes, darunter Argentinien, dessen Vertretung seit der ersten Völkerbundstagung nicht mehr in Genf vertreten war.

Die Versammlung, die Anfangs völlig unter dem Einfluß des Besuches von Herriot und Macdonald stand, war fast ausschließlich der Ausarbeitung des Schieds- und Sanktionsprotokolls gewidmet, hinter den alle anderen Fragen zurücktraten. Größeres Interesse vermochte noch die Frage der Errichtung des Instituts für geistige Zusammenarbeit in Paris herbeizurufen, gegen die zunächst starke Widerstände bestanden, die aber dann von der französischen Delegation überwunden wurden. Die unmittelbare Folge der Errichtung dieses Pariser Instituts ist die Schaffung eines Rechtsinstituts in Rom. Die finanzielle Sanierung Österreichs und Ungarns beschäftigte zwar auch die Versammlung, an der die ungarischen und österreichischen Regierungsoberhäupter zeitweilig teilnahmen. Das Hauptgewicht und die Entscheidungen lagen jedoch in den Ratsitzungen. Im übrigen bezog sich die Ar-

beit der Versammlung auf die Tätigkeit des wirtschaftlichen Komitees: Hygieneorganisation, Verkehrs-, und Transitororganisation und auf die Fragen der Bekämpfung des Opiumhandels, des Mädchenhandels und der Hilfsstätigkeit für russische, albanische und griechische Flüchtlinge. Auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes, der in den früheren Versammlungen stets eine hervorragende Rolle gespielt hatte, wurde in dieser Versammlung nichts neues geschaffen. Hier kam es zu den bekannten lebhaften Zusammenstößen zwischen dem Grafen Apponi und dem Präsidenten des Rates Gammans.

Die großen politischen aktuellen Fragen, soweit sie nicht durch die Arbeiten über das Schieds- und Sanktionsprotokoll berührt wurden, kamen selten zur Sprache, abgesehen von der Frage des Beitritts Deutschlands, die durch die Rede von Macdonald aufgeworfen worden war, und dann nach der Erklärung Herriots und einigen Äußerungen in den Kommissionen nicht mehr zur Sprache kam, bis der Präsident der Versammlung sie am Schluss der Tagung bei der Erwähnung des Beschlusses der Reichsregierung wieder berührte. Wiederholt nahmen die verschiedenen Redner Gelegenheit, sich beifällig über den Abschluß des Londoner Abkommens und die dadurch in Europa hervorgerufene Entspannung zu äußern.

Die geistige Angelegenheit schien anfangs eine auffechterregende Wendung im Rahmen der Völkerbundsversammlung zu nehmen, wurde aber dann unter der wachsenden Teilnahme durch eine sehr vorläufige Resolution erledigt. Mit dem Krieg in China beschäftigte sich die Versammlung nicht. Die innerpolitischen Vorgänge Chinas erleichterten jedoch der Versammlung sichtlich den Entschluß, China auch in diesem Jahre den geforderten nichtständigen Ratssitz wieder zu versagen und die sechs nichtständigen Mitglieder demnach wieder zu wählen. Eine besonders sensationelle Wendung nahm die Debatte kurz vor dem Abschluß der Versammlung insofern an, als die japanische Forderung entstandenen Zwischenfalls, der die japanisch-amerikanischen Beziehungen und die Gegensätze zwischen Japan und den britischen Dominions plötzlich im Rahmen der Völkerbundsdebatte erscheinen ließ, dann aber hauptsächlich durch den Eingriff der französischen Delegation in einer für die japanische Delegation befriedigenden Weise beigelegt wurde.

Den Höhepunkt der Versammlung bildete sodann die Annahme der das Schieds- und Sanktionsprotokoll betreffenden Resolution, die auch auf die Resolution Herriot-Macdonald zurückgeht, wobei von den 47 anwesenden Staaten nur 10 das Protokoll unterzeichneten und die anderen größtenteils nur im Namen ihrer Delegation ihre Zustimmung erteilten und die Entscheidung ihren Regierungen vorbehielten.

Ein charakteristisches Merkmal für die diesjährige Versammlung war auch die äußerst tätige und in den meisten Fällen entscheidende Beteiligung der französischen Delegation, die in allen Kommissionen und Debatten die Führerrolle einnahm und sich auch in stärkerer Weise als im Vorjahre vor allem in den Reden der Hauptdelegierten der allgemeinen Völkerbundsatmosphäre anpaßte.

## Politische Neuigkeiten

### Die Regierungsumbildung im Reich

In der Reichskanzlei fand Donnerstag nachmittag eine Aussprache zwischen den Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt. Die Absicht des Reichskanzlers, zum Zwecke der Vorbereitung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen, wurde gebilligt. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Reichskanzler den Führern der Regierungsparteien Mitteilung machen.

Die Verhandlungen dauerten von 3 Uhr nachmittags bis 7.30 Uhr abends. Erschienen waren vom Zentrum Stegerwald, Spahn und Guecard, von der deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Curtius, von der demokratischen Fraktion Erlesenz, Haas und Keinath. Von der Regierung nahmen außer dem Reichskanzler Vizelkanzler Jarres Außenminister Stresemann, Reichswirtschaftsminister Gamm und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Ramiß, teil.

Eine dem Zentrum nahestehende Korrespondenz schreibt zu den Mitteilungen über eine Aufgabe der jetzigen preussischen Regierungskonstellation, die im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Regierungsumbildung im Reich aufgetaucht sind, die preussische Zentrumsfraktion sehe im gegenwärtigen Augenblick keine Veranlassung, die Grundlage der preussischen Regierung aufzugeben.

## Weltfriedenskongress in Berlin

Der Internationale Verband der Friedensgesellschaften veranstaltet vom 2. bis 8. Oktober in Berlin den 23. Weltfriedenskongress. Es sind bereits zahlreiche Teilnehmer aus der ganzen Welt in Berlin eingetroffen, besonders stark ist der Besuch aus den Vereinigten Staaten und aus Frankreich. Die griechische Regierung hat einen offiziellen Vertreter entsandt, England, Holland, die Tschechoslowakei und die skandinavischen Staaten sind vertreten. Auch Mitglieder der russischen Völkerbundsliga, die von Emigranten gebildet worden ist, sind erschienen.

Donnerstag nachmittag trat der Rat des internationalen Friedensbüros unter dem Vorsitz des Präsidenten, Senator La Fontaine (Belgien) und im Anschluß daran der Kongress zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, in der die verschiedenen Ausschüsse bestimmt wurden. Sie sollen sich mit den aktuellen politischen Fragen, mit Rechts- und Völkerbundsfragen, mit der Abrüstung, mit Wirtschaft- und sozialpolitischen Fragen, endlich mit Angelegenheiten der Erziehung und Propaganda beschäftigen. Zum Präsidenten des Kongresses wurde Senator La Fontaine gewählt, zum geschäftsführenden Vorsitzenden Prof. Luidbe. Die feierliche Eröffnung des Kongresses wird am Sonntag vormittag im Reichstag stattfinden.

Der mexikanische Präsident Calles, der in diesen Tagen von Deutschland abreisen wird, sprach den Berliner Vätern gegenüber seine hohe Verehrung über seinen Aufenthalt in Deutschland und über die ausgezeichneten Ärzte, die sich seiner angenommen hätten, aus. Er habe seine Gesundheit wieder erlangt. Aufrechten Dank sage er dem deutschen Volke und seiner Regierung, die ihn mit Aufmerksamkeit überhäuft habe.

## Badischer Teil

### 85. Geburtstag Hans Thomas

Aus Anlaß des 85. Geburtstages Hans Thomas hatte sich Donnerstag mittag 12 Uhr im Hauptraum des Hans Thomas-Museums in der Badischen Kunsthalle zu Karlsruhe eine erlesene Zahl geladener Gäste, darunter Staatspräsident Dr. Köhler, die Minister Remmele und Hellpap, Oberbürgermeister Dr. Finter, sowie Vertreter weiterer Behörden, von Kunst und Wissenschaft, eingefunden, um an einem Akt weisevoller Pietät teilzunehmen.

Professor Württemberg von der Badischen Landes-Kunsthalle feierte in einer überaus tiefgefürdenden und feinsinnigen Rede (die wir in unserer Samstagbeilage „Wissenschaft und Bildung“ im Wortlaut bringen werden), das Wirken und Schaffen des Künstlers, das Ehrfurcht und Dank zugleich einflößen müsse. Seit Jahrzehnten stehe Hans Thomas Werk hochragend und festgegründet da; seine Persönlichkeit wirkte sich in meisterhaften Ausstrahlungen aus, und „seines Wirkens wird kein Ende sein“; denn der Gaud seines Geistes wird nicht untergehen. Der Redner suchte dann in Worten ein Bild von dem umfassenden Geist und Schaffen des Künstlers zu zeichnen. Dieses Schaffen und seine Auswirkung gründete sich auf die innere Harmonie, aus der der große Künstler ward, der trotz allen Kampfes, der auch ihm nicht erspart blieb, sich seinen Jugendglauben an die Schönheit und an die Treue in der Welt beharrte. Der Redner schloß mit dem Gelöbnis, in diesem Punkte dem Meister nachzu-eifern und den Glauben an die Treue und an Etwas, was über dem Alltag hinausliegt, nicht zu verlieren. Dieses Gelöbnis sei unser Dank und unsere Ehrung an den Künstler.

Weißbölle Stimmung herrschte im Saal, und wie die Festrede, so war auch der weitere Verlauf: würdevolle Stille und pietätvolles Gedenken, als wenn der Geist des Künstlers personifiziert zugegen sei. — Von gleichem Geiste getragen waren auch die 5 Gedächtnis- und Schauspieler v. d. Trei-Murici vom Badischen Landestheater meisterhaft durch äußere und innere Mittel von vornherein eine starke Stimmung zu erzeugen und diese bis zum Schluß festzuhalten, ist erfüllt worden. Auch die Beleuchtungseffekte waren diesmal überzeugend. Nur eines wurde zu beachten vergessen, nämlich, daß höher stehende Kräfte einen ganz bestimmten Schattenwurf werfen, und so kam es, daß während des zweiten Aktes gewisse Partien der Gestalten von einem sich knapp abhebenden Schatten, wie von einer schwarzen Vinde umspannt waren.

Das Publikum, das den Saal des Künstlerhauses beinahe bis auf den letzten Stehplatz füllte, enthielt sich aller Äußerungen seines Beifalls oder seiner Ablehnungen. Es ist schwer zu sagen, was dieses Schweigen nun eigentlich zu bedeuten hat. Daß ein Teil des Publikums mächtig ergriffen war, ist jedenfalls nicht zu leugnen.

Curt Amend.

## Georg Kaiser „Brand im Opernhaus“

(Erstaufführung in den Kammerpielen des Badischen Landestheaters)

Wenn Georg Kaiser meint, die französische Gesellschaft des 18. Jahrhunderts habe erst eine hinterlistig in den Salon geschmuggelte Dose voller Flöhe nötig gehabt, um sich recht ausgiebig fragen zu können, so befindet er sich im Zustand einer beklagenswerten Unwissenheit über die Anschauungen von Hygiene und Keimlichkeit, wie sie jenes Zeitalter faktisch erfüllten: Flöhe gehörten damals so sehr zum unentbehrlichen Requisite der Gesellschaft, daß es einer Keimimportierung dieser lebenswürdigen Tiere durch eine in ihrer Eitelkeit gekränkte Frau garnicht erst bedurfte hätte.

Georg Kaiser befindet sich aber auch noch in manchen anderen Dingen in einem Zustand der Unwissenheit. Er glaubt z. B. mit einer psychologischen Akrobatik, die vielleicht einer Novelle zum Vorteil gereichen würde, von der Bühne herab wirken zu können. Und er glaubt weiter, daß auch einem größeren Publikum ein Ragout aus Schnitzler, Sudermann, Casanova und Sigmund Freud recht schmackhaft vorzukommen könnte. Und schließlich scheint er der Ansicht zu sein, daß bei einem Drama die Verwirrtheit und Verwirrtheit der Konstruktion die Hauptsache sei.

Georg Kaiser ist kein unbegabter Dramatiker. Das beweist in diesem Stück unter anderem der dramatische meisterhaft zurechtgezimmerter erste Akt. Und auch des Dichters Volumen an Geist, Witz und Satire ist beträchtlich. Das alles genügt aber nicht, um ein letztes Endes ethisch bestimmtes Thema folgerichtig bis zum Ende durchzuführen zu können. Die dramatische Technik vermag schon am Ende des 2. Aktes, um im dritten (Schluß-) Akt völlig ins Wasser zu fallen. Geist und Laune aber arten aus in eine betrübliche Novellensentimentalität und in eine feilsche Problematik, die nur von ganz differenzierten Naturen verstanden werden wird.

Gewiß ist das Stück nicht uninteressant und legitimiert sich sonach für eine Aufführung in den Kammerpielen. Und was ein Dramatiker tun kann, um durch grelle Einzelheiten den Zuhörer zu blenden, das tut Georg Kaiser gewiß. So muß der größte Teil der Besucher vorübergehend in seinen Damm geraten. Der kritisch Veranlagte aber sperrt sich von vornherein gegen diese Eindrücke und sieht nur ein Feuerwerk, wo

er gerne einen Brand sehen möchte. Im Hintergrunde aber erhebt vor dem geistigen Auge dieses kritisch Veranlagten das Janusgesicht des Kinos und zeigt ihm die fragenhafte Hälfte dieses Anblicks. Ein Werk aus der guten Kinoliteratur, etwa ein Rickford-Film, ist mir jedenfalls lieber, als diese mit einem an sich anerkennenswerten ernsthaften Bemühen auf die Bühne gezerrte Neuropathie.

Da muß man schon ein Heibel oder ein Schnitzler sein, um die verfeinerte Psychologie des Kulturmenschen dramatisch bewältigen zu können. Aber bekanntlich gibt es Leute genug, die nicht einmal mit diesen Dramatikern mitgehen wollen. Und man kann das verstehen. Das Drama vertritt das psychologisch gar zu konstruierte nicht. Man überlasse es deshalb den Robellisten. Was würde ein Jakob Wassermann, der z. Bt. feinste Kopf unter den Erzählern dieser Art, aus einem so dankbaren Stoff, wie es der zu dem Kaiserischen Stück zweifellos ist, gemacht haben!

Selbstverständlich stellt die Aufführung eines solchen Stückes ganz besonders schwere Anforderungen an den Regisseur und an die Darsteller. Der Regisseur, Herr Friedrich Weug, ist den äußeren Anforderungen ziemlich restlos, den inneren nur leidlich gerecht geworden, und zwar deshalb nur leidlich, weil das Darstellermaterial, das ihm zur Verfügung stand, nur teilweise ausreichte. Die einzige, wirklich gradlinige Rolle des Stückes wurde am besten gegeben. Herr v. d. Trend hat mit seinem „alten Herrn“ der wahrlich nicht kleinen Zahl seiner erstklassigen Bühnenleistungen eine neue hinzugefügt. In seiner künstlerischen Domäne ist Trend ein Meister, und so vermittelte auch gestern wieder sein Spiel erlebten Genusses. Fräulein Clement sah entzückt aus und spielte alle die Stellen, die den Ton erotischer Leidenschaft verlangen, mit hinreißender Berbe. Dagegen mußte sie nach Maßgabe der Begrenztheit ihres Talents zum Schluß in den Stellen enttäuschen, die die Größe und Erhabenheit einer im Schmutz doch rein gebliebenen, gefühlvollen Frauenseele zu enthüllen haben. Mit der Darstellung des Herrn Würtner kann ich mich leider gar nicht befremden. Ich habe zudem, obwohl ich keineswegs schwerhörig bin und einen guten Platz hatte, nur höchstens den vierten Teil dessen verstanden, was er zu sagen hatte. Ob die Regie in dieser Hinsicht etwas hätte bessern können, weiß ich nicht.

Sonst war die Regie des Herrn Weug, wie schon gesagt, durchaus lobenswert. Die dem Regisseur gestellte Aufgabe,

Landestheater. Die Komödie „Die Karawane“ von Max Mohr, die am Samstag, den 4. Oktober, hier zum erstenmal in Szene geht, erfährt nach ihrer Münchener Uraufführung im Juni durch den Verfasser eine Neubearbeitung, die den 4. und 5. Akt des Stückes zu einem Akt verschmolz. Unsere Bühne ist die erste, die diese neue Fassung der nunmehr nicht fünf-, sondern vieraktigen Komödie zur Aufführung bringt. — Max Mohr variiert in diesem Werk wiederum, wie in den „Improvisationen“, sein Lieblingsthema: die Frage nach dem wahrhaft menschlichen und menschenwürdigen Lebensstil. In diesem Zusammenhang wandelt sich ihm das alte Plautuswort „Was ist Wahrheit?“ zur Frage „Was ist Lüge?“ Und wenn ihm aus abenteuerlichem Geschehen in einer abenteuerlichen, auf der Grenze zwischen Fiktion und Bildnis liegenden Welt die Ahnung aufsteigt, daß „Lüge und Wahrheit“, Schein und Sein dicht beieinanderwohnen, eines ins andere verschlungen ist, eines durch das andere beiseite und Weide der Gottheit lebendiges Kleid für den irdischen Gebrauch wirken, so will er damit gewiß nicht das Unfassbare in eine neue, etwa gar moralische These fassen. Die vom Intendanten inszenierte Aufführung beschäftigt in den Hauptrollen Fräulein Scheinflug und die Herren Dahlen, Hübnar, Müller, Bräuer, Brand und Rürnberger. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. —



haft zum Vortrag brachte, alles Widmungen zeitgenössischer Dichter an Hans Thomas Genie, sowie die Goethe'sche Dichtung „Anfens der Türmer“. Umrahmt war der feierliche Akt von dem Vortrag zweier Mozartscher symphonischer Sätze, die im Hintergrunde dezent wirkungsvoll vom Kammermusikern des Landestheater zu Gehör gebracht wurden.

Kurz vor der Feier hatte Staatspräsident Dr. Köhler Hans Thoma die herzlichsten Glückwünsche der badischen Staatsregierung übermittelt. Der Karlsruher Lehrergesangverein brachte am Mittwoch mittag dem Jubilar ein Ständchen im Botanischen Garten vor seiner Wohnung dar.

Hans Thoma ist folgendes Telegramm des Reichspräsidenten zugegangen: „Zum 85. Geburtstag sende ich Ihnen als dem Altmeister der deutschen Malerei mit aufrichtiger und dankbarer Würdigung Ihres reichen künstlerischen Schaffens herzlichste Grüße und Wünsche. Der Reichspräsident Ebert.“

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat dem Altmeister Hans Thoma, Ehrenbürger der Stadt, herzlichste Glückwünsche unter Überbringung eines Blumenkörbes ausgesprochen und ihm dabei mitgeteilt, daß der Stadtrat beschlossen hat, aus Anlaß dieses seltenen Ehrentages das von dem Meister gemalte Bild seiner verstorbenen Gattin Cella Thoma zugleich im Gedenken an sie für die städtischen Sammlungen zu erwerben. Das Bild ist z. Bt. in der Kunsthalle hier ausgestellt.

### Der Kampf gegen Einbruch u. Diebstahl

Schlechte Zeiten für Einbrecher“ so überschreibt der „Vorwärts“ einen beachtenswerten und lehrreichen Artikel, den er dieser Tage über das Problem des erlaubten und erfolgreichen Selbstschutzes gegen Einbrecher veröffentlichte. Und das Berliner Blatt hat recht. Die Polizeibehörden haben jetzt in Verbindung mit Wissenschaft und Technik einen energischen Kampf gegen das Verbrechertum aufgenommen, dessen Ziel es ist, so gefährlicher ist, als es vielfach schon mit allen Mitteln neuzeitlicher Technik vorgeht.

Hand in Hand mit dieser Abwehrarbeit der Behörden muß aber eine entsprechende Aufklärung des Publikums gehen über die notwendigen und wirksamen Schutzmaßnahmen gegen Einbruch und Diebstahl. Wird dieser Selbstschutz nach allen Regeln der technischen Wissenschaft durchgeführt, so wird dem Staat viel Geld und der Polizei wie den Gerichten viel Arbeit erspart. Die vornehmste Pflicht der Behörden im Kampf gegen das Verbrechertum heißt deshalb: vorbeugen. Diese Aufgaben erfüllen in hohem Maße die Beratungsstellen gegen Einbruch und Diebstahl, die auch bei uns in Baden durch eine Landesberatungsstelle beim Landesstrafmuseum in Karlsruhe (Blücherstraße) und durch Beratungsstellen bei den Polizeidirektionen in Mannheim, Heidelberg und Freiburg eingerichtet wurden.

Umfang und Aufgabe der Beratungsstellen Der Umfang ihrer Tätigkeit wird, durch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges bestimmt: sie hatten zu einem unerhörten Umfang von Einbruchsdiebstählen geführt. Ihre Aufgabe soll sein: Erteilung von sachdienlichen Ratsschlüssen über die zu ergreifenden sichernden Maßnahmen gegen Einbruch an Privatpersonen, Betrieben und Behörden. Unterweisungen und Aufklärung der Bevölkerung über die Sicherheitsmaßnahmen durch die Presse, durch Vorträge, Werkblätter usw. Die Beratungsstellen haben bereits außerordentlich wertvolle Dienste im Kampf gegen das Verbrechertum geleistet. Sie haben vor allem, worauf der Artikel des „Vorwärts“ besonders hinweist, auf die einschlägige Industrie fördernd und anregend eingewirkt. Zwischen den Stellen und den Firmen begann eine Zusammenarbeit. Fabriken und Gewerbe unterbreiten ihre Modelle von Diebstahlsicherungen zur Prüfung. Es entstand ein Netzwerk in der Bevölkerung der Schutzmittel, in erster Linie der Schlösser. Auch das Publikum gewöhnt sich allmählich daran, gute Schlösser anzuschaffen und von elektrischen Alarmanlagen Gebrauch zu machen.

Es gibt in der Hauptsache drei Arten von Sicherungseinrichtungen: chemische, mechanische und elektrische.

**Selbstschüsse** Die am wenigsten erfolgreichen sind die Selbstschüsse, die zu den chemischen Sicherungsmitteln gehören. Laut § 367 Abs. 8 StGB. ist es gestattet, Selbstschüsse mit Erlaubnis der Behörden zum Schutze des Eigentums anzulegen; eigenmächtig Handelnde drohen gewisse Geld- oder Haftstrafen. Das Gesetz sagt nichts darüber ob es sich dabei um Schreckschüsse mit Pulverladung, oder auch um scharfe Ladungen handeln darf. Das Gericht hält sich aber an den Text des Gesetzes. Die Polizei dagegen warnt in jedem einzelnen Falle vor Anlegung von scharf geladenen Selbstschüssen; sie bilden eine Gefahr, nicht allein für die Hausiere und Hausgenossen, sondern auch für sonstige Personen. Die alarmierte Feuerwehr, das herbeigeeilte Überfallkommando kann bei vergebener Entschädigung Opfer der Selbstschüsse werden; der Eigentümer würde sich dann wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten haben. Die Selbstschüsse bestehen aus einem kurzen Metallrohr, einem Schlagbolzen und einer Einrichtung mit Abzug. Sie werden nach Art eines Gewehres geladen, der Abzug steht mit gespanntem Faden in Verbindung, bei deren Berührung der Schuß ausgelöst wird. Die Selbstschüsse werden entweder im Hofe, im Garten oder im Zimmer, auch direkt an der Tür angebracht. Und doch müßte schon ein besonders glücklicher Zufall obwalten, damit der Unbeteiligte ungeschädigt gemacht wird. Als Abschreckungsmittel oder zu Alarmpurposen könnten sie schon eher dienen. Doch da gibt es viel wirksamere Mittel. Die Frage, ob es berechtigt sei, sich Sicherungen zu bedienen, die den Tod des Einbrechers zur Folge haben können und auch eine Gefahr für harmlose Menschen darstellen, ist den Behörden auch entgegengeritten, als eine Firma den Vorschlag machte, elektrische Sicherungen von so starker Spannung herzustellen (220 Volt), daß die Berührung der elektrischen Drähte eine Beläunung, ja selbst den Tod herbeiführen müßten. Dieser Antrag ist abschlägig beschieden worden: solche Drähte würden, abgesehen von anderem, eine große Gefahr bei einem etwa ausgebrochenen Feuer bilden. Es bedarf aber auch gar nicht so grausamer und deshalb unmoralischer Mittel, da es andere völlig ungefährliche und doch viel wirksamere gibt. Da sind in erster Linie

**Schlösser und Riegel** Mit der Verbesserung der Schlösser vervollkommen sich auch die Einbrecher in der Technik des Öffnens. Da sind aber bestimmte Grenzen gesetzt, sowohl in der Intelligenz als auch in der Geduld und der Ausdauer des Einbrechers und demnach in der technischen Möglichkeit des Öffnens. Es gibt die drei verordneten Sorten von Schlössern, die Hubbs-, die Dreh- und die Hebel-Schlösser so zu gestalten, daß auch der

genialste Dieb mit seinem Dietrich, mit dem Meißelstreifen oder dem sogenannten Rauberschlüssel zu öffnen nicht in der Lage wäre. Es galt ferner, die Schlösser gegen Gewaltanwendung unempfindlich zu machen. Diese Aufgaben sind nun vollkommen gelöst. Bei dem verbreitetsten Drehschlüssel-Schloß, dem Hubbschloß, handelt es sich darum, die Zahl der unsymmetrischen Zubehörungen so zu erhöhen, daß ein künstliches Öffnen einfach unmöglich wird. Das war bei der Zahl 10 erreicht, wobei die Sicherheit durch einen doppelbärtigen Schlüssel noch erhöht wird. Im Gegensatz zum Hubbschloßschlüssel hat der Drehschlüssel keinen Bart, sondern nur kleine Zapfen, und ist am Ende mit Einschnitten oder Einprägungen versehen. Beim Drehschloß, das zu den Stechschlüssel-Schlössern gehört, genügen in der Regel schon fünf bis sechs Zubehörungen, um es diebstahlsicher zu machen. Schließlich das Hebel-Schloß; es besteht aus zwei Zylindern, einem äußeren Zylinder, der fest an der Tür angebracht ist, und einem zweiten, im Inneren des äußeren Zylinders drehbar angebrachten viel kleineren Innenzylinder. Die Zubehörungen bestehen aus Stiften, die durch eine entsprechende Verarbeitung genügend Sicherheit bieten. Die Hebel-Schlösser sind Schnappschlösser. Ein diebstahlsicheres Schloß kann bereits für 10 Mark erstanden werden. Mit dem Sicherheitschloß allein ist jedoch noch nicht alles geschehen. Um ein Einbrechen unmöglich zu machen, muß es an einer Stützplatte aus Metall angebracht werden. Schließlich bilden aber noch die hölzernen Türfüllungen eine Gefahr, die erst durch Bleischieferbekleidung behoben werden kann. Auch die Tür für 12 bis 15 Mark zu erhalten. Gleich den sicheren Einbruchschlössern gibt es natürlich auch sichere Gängechlösser. Alle sonstige Maßnahmen, wie das Stedenlassen der Schlösser in Schließern, die Schlüsselgabel oder die Sicherheitschlüssel, mit denen die Schlüssellöcher verstopft werden, schützen sehr wenig.

### Elektrische Sicherungen

Die Aufgabe der elektrischen Sicherungen ist, Alarm zu schlagen, durch die Möglichkeit des Alarms die Diebe, denen es in erster Linie um ihre Freiheit zu tun ist, zu verschrecken und den Wächter oder die Einwohner auf den Einbrecher aufmerksam zu machen. Die Anlagen arbeiten sowohl mit Arbeitsstrom als auch mit Ruhestrom. Im ersten Fall handelt es sich darum, die Einschaltung des Stroms zu erzwingen, im zweiten Fall den fließenden Strom zu unterbrechen. In beiden Fällen besteht die Stromanlage aus vier Teilen: aus dem Kontakt (dem Druckknopf), dem Alarmgeber (dem Wächter), der Stromquelle (der Batterie) und der Verbindung der Leitungsdrähte (zwischen Druckknopf und Wächter). Bei der Berührung des Kontaktes beginnt der Wächter ununterbrochen Alarm zu schlagen. Es entsteht ein Hebelarm, ein unaufhörliches Geklingel hebt an, eventuell innerhalb und außerhalb des Hauses an mehreren Stellen, oder Lampen leuchten hell auf — der Dieb wird verjagt. Für geringe Kosten sind Federrollen, sogenannte Diebstahlfallen, zu haben. Von einem ganz einfachen Apparat aus, der mit der elektrischen Wohnungsleitung in Verbindung steht, wird ein Faden in bestmöglicher Richtung ausgepannt. Die leiseste Berührung — und der Alarm ist da. Solch ein Apparat kostet etwa 3,50 Mark. — Besonders interessant ist eine Alarmanlage, die mit Telefon und Grammophon arbeitet. Der Hörer ist an einem Grammophon angebracht, der durch einen Hebel mit der Gabel des Telephonapparates in Verbindung steht. Durch eine elektrische Vorrichtung tritt im Fall der Gefahr das Grammophon in Tätigkeit, der Hebel zieht sich zurück, die Gabel des Telephons schneidet in die Höhe und das Grammophon beginnt unaufhörlich in das Telefon hineinzusprechen: „Überfall, Überfall, Überfall...“ Das Telephonkabel am Amt erhält das Signal, hört das unaufhörliche Gerede des Grammophons und alarmiert sofort das Überfallkommando. Diese Vorrichtung hat noch ihrer Einführung, die Polizeiverwaltung will das Telefon an diesem Zwecke nicht hergeben, es erachtet auch die Gefahr falschen Alarms nicht ausgeschlossen. Aufrechtzuerhalten sind auch die Alarmanlagen. Durch eine geistreiche Kombination von Spiegeln und Lichtstrahlen wird die Fähigkeit des Silens, bei Veränderungen der Beleuchtung Strom unterbrechend zu wirken, zu Alarmpurposen benutzt. Zu erwähnen ist eine Kombination von Sicherheitschlössern und elektrischen Alarmanlagen.

Aber all diese Schutzmaßnahmen geben die Beratungsstellen bei den Polizeidirektionen, sowie die Landesberatungsstelle in Karlsruhe (ehemalige Grenadierkaserne — Eingang Blücherstraße) unentgeltlich sachdienliche Auskunft. In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß die im Mai und Juni in Karlsruhe stattfindende internationale polizeitechnische Ausstellung ein geschlossenes Bild der gesamten neuzeitlichen Polizeitechnik geben wird mit besonderer Berücksichtigung der Sicherungsindustrie, der photographischen und chemisch-technischen Industrie sowie der Fernmeldetechnik einschließlich der Radioindustrie.

### Evangelische Landesynode

Dem Bericht des Oberkirchenrats, der der ordentlichen Landesynode 1924 gedruckt vorliegt, ist folgendes zu entnehmen: Das bedeutungsvollste kirchliche Ereignis der letzten drei Jahre war die Schaffung des Deutschen Evang. Kirchensbundes, der die größte evang. Kirchengemeinschaft der Welt ist. Die badische Landeskirche hatte in den Berichtsjahren neben dem furchtbaren Druck der immer mehr zunehmenden wirtschaftlichen Not zu leiden. Auch jetzt sind die Schwierigkeiten durchaus nicht gehoben, die Kirchenverwaltung vermag die Pfarrgehälter noch nicht in voller Höhe zu bezahlen. Leider hinterließ die Notzeit eine weitgehende Verminderung des Pfarrstandes gegen die Kirchengliederung. Es wird Sache der Landesynode sein müssen, das geschwundene Vertrauen wieder herzustellen. Die nach dem Krieg besonders in manchen Teilen Nord- und Mitteldeutschlands einsetzende Kirchenaustrittsbewegung gewann in Baden bis zur Stunde keine bedeutende Kraft. Auch die stark gesteigerte Kirchensteuer hat bis jetzt kein neues Anwachsen der Austritte hervorgerufen. Die Übertritte zur evangelischen Kirche sind bis 1921 mit 731 Fällen beträchtlich gestiegen. Von da an gehen auch sie wieder zurück. Der Hauptteil kommt auch heute noch von der katholischen Kirche. Die Verluste der evangelischen Kirche ihr gegenüber sind weitaus geringer. Die Kirchenverwaltung hat einzelne Änderungen erfahren, im Dienstgesetz wurde ebenfalls einiges geändert. Knechtgesellen wurde das Amt eines kirchlichen Evangelisten. Dem Aufbau der Kirche soll auch die neugeschaffene apologetische Landeszentrale in Karlsruhe dienen. Vom 1. Januar 1921 bis 1. Januar 1924 wuchs der Zugang zur Geistlichkeit eine erhebliche Zunahme auf. Gestorben sind 30 Geistliche, pensioniert wurden 9 Pfarrer und auf Ansuchen 18 Geistliche entlassen. Auf 1. Januar 1924 bestanden 444 Pfarrstellen, von denen 420 besetzt waren. Ernannt wurden 18 Defane und Pfarrer zu Kirchenräten.

Der Gottesdienstbesuch hat sich seit 1918 so ziemlich auf der gleichen Höhe gehalten. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Abendmahlsbesuch. Hier ist eine fortwährende Steigerung zu bemerken. Die liturgische Konferenz in Baden hat einen wertvollen liturgischen Anhang zum Gesangbuch fertig gestellt, der wecks Einführung an der Landesynode vorliegt. Auf

das Ausschreiben des Oberkirchenrats von 1921 sind 21 Katechismus-Entwürfe eingegangen. Es wurde einer ausgewählt, der jetzt der Landesynode zur Prüfung zwecks Einführung vorliegt. Der Religionsunterricht ist jetzt wieder im ganzen Lande in geordneten Bahnen. Von den seminaristisch gebildeten Lehrern haben von 1920 bis 1923 zusammen 21 den Religionsunterricht niedergelegt. Einige Lehrer haben inzwischen den Religionsunterricht wieder aufgenommen. Nach erfolgter Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes sind im Lande etwa 350 Schulverbände gebildet und etwa 600 Lehrkräfte voll beschäftigt. Die Zahl der evang. Lehrer, die sich dem Fortbildungsunterricht zugewandt haben, ist nicht nur absolut, sondern auch relativ kleiner als die der katholischen. Da der Landtag die Maßnahmen der Regierung, den Religionsunterricht auch in die Fachschulen (Gewerbe- und Handelsschulen) als Erziehungsmittel einzuführen, gebilligt hat, werden die neuen Lehrpläne, in denen die Religion als Pflichtfach erscheint, in 63 Gewerbe- und 45 Handelsschulen bis Ostern 1925 durchgeführt sein.

Auf die freie Jugendpflege wird von der Kirche immer mehr Nachdruck gelegt. Am 1. Juli 1924 waren in 11 auf dem Boden der evangelischen Landeskirche stehenden Verbänden 17 094 Jugendliche zusammengeschlossen. Die Diakonissenhäuser und die Mutterhäuser für Kinderbeschäftigte konnten durch die harten Jahre, wenn auch unter schweren Opfern, geführt werden. Die Kirche pflegt die Zusammenarbeit mit dem Bad. Landesverein für Innere Mission, der am 15. Juni d. J. sein 75jähriges Jubiläum beging. Landesrat und Landesverein haben miteinander einen Evang. Wohlfahrtsdienst gebildet, der die Belange der evang. freien Wohlfahrtspflege zu vertreten hat.

### Abg. Haas über den Dawesplan

Auf Einladung des Gewerkschaftsbundes deutscher Ingenieure (G. d. I.) sprach dieser Tage in Karlsruhe Reichstagsabgeordneter L. Haas über den Dawesplan.

Ausgehend von dem Londoner Diktat (132 Goldmilliarden), das Deutschland eine jährliche Belastung von 4,3 Goldmilliarden auferlegte, stellte der Vortragende fest, daß die Londoner Abmachungen aufgrund des Dawesplanes ziffernmäßig infomeren einen Fortschritt darstellten, als danach jährlich nur 2,4 Goldmilliarden zu zahlen sind. Aber auch dieser Betrag geht über die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und werde auf die Dauer kaum tragbar sein. Die nächste Periode werde uns von Zeit zu Zeit wieder neue Verhandlungen bringen und wir werden darauf sehen müssen, weitere Erleichterungen zu erlangen. Dr. Haas denkt sich die Entwicklung der Dinge folgendermaßen: Wenn wir unseren Export so steigern könnten, daß wir ohne Gefährdung der Währung 2,4 Milliarden im Jahr umzuwechseln vermögen, dann müßte es uns sehr gut gehen. Ein außerordentlich starker Export würde aber auf den englischen und amerikanischen Markt drücken, wogegen man sich natürlich wehren werde. Es dürfte deshalb so kommen, daß wir große Beträge nicht umzuwechseln können. In der Bestimmung über die Umwechslung sieht der Redner einen Weg zur besseren Erkenntnis und Befundung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse. Auch davon werde nicht gesprochen werden können, daß in großem Umfang Aufträge nach Deutschland gegeben werden, weil man ja hierdurch die eigene Industrie schädigen würde. Bisher konnten die Franzosen und Belgier auf dem Wege über die Reparationskommission mit uns machen, was sie wollten. Nun trete ein Amerikaner hinzu, der im Verein mit dem Engländer einen gewichtigen Gesenpol bilde. Sanktionen, wie die der Ruhrbesetzung könnten nicht mehr über Nacht ergriffen werden. Schließlich werde uns in dem Schiedsverfahren ein Rechtsweg eröffnet, den wir früher nicht hatten.

Im zweiten Teile seines Vortrags ging der Redner auf die politischen Folgen des Dawesquittens und der damit verbundenen Gesetze ein. Bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist der Redner der persönlichen Auffassung, daß er einen solchen Schritt außenpolitisch nur für richtig halten würde, wenn er erfolge in Fühlung mit Rußland. Um des Völkerbundes willen dürfe man mit der Linie von Rapallo nicht brechen. Selbstverständlich müßte der Eintritt in den Völkerbundrat an die Bedingung geknüpft werden, daß Deutschland als Großmacht einen Sitz im Rat erhalte. Zur Frage der Regierungsumbildung betrat Dr. Haas den Standpunkt, daß bei einer solchen jeweils überlegt werden müsse, welche Außenpolitik mit dieser Regierung geführt werden könne. In unserer Not müßte die Außenpolitik unbedingt das Vorrecht vor der Innenpolitik haben. In Hinblick auf die außerpolitische Einstellung der Deutschnationalen hält es der Redner für ausgeschlossen, daß Bestarp-Hergt und Marsch-Strefmann in einer Regierung ersprießlich zusammenwirken könnten. Andererseits sei es unbegründet, daß man die Sozialdemokratie, die doch die Erfüllungspolitik unterstütze, zurückstoße. Was die Kriegsschuldfrage anlangt, so wäre es in diesem Augenblicke verfehlt gewesen, die Kriegsschuldfrage zum Gegenstand eines feierlichen Protestes bei der Entente zu machen und hätte außenpolitisch eher schwer geschadet als genutzt.

### Fremdenpolizeiliche Beziehungen zwischen Schweiz und Liechtenstein

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Zwischen der Schweiz und Liechtenstein ist eine Vereinbarung über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen getroffen worden. Nach diesem Abkommen ist zur Reise nach Liechtenstein ein schweizerischer Einreise- oder ein liechtensteinischer Rückreisefischbillet erforderlich. Diese Sichtvermerke berechtigen auch zur Reise nach Liechtenstein über die Schweiz. Die deutschen polizeilichen Bestimmungen werden, worauf besonders aufmerksam gemacht sei, hierdurch nicht berührt.

### Die Tagung der Görresgesellschaft in Heidelberg

Die Görres-Gesellschaft hält ihre nächstjährige Tagung in Trier ab. Für 1926 ist Koblenz in Aussicht genommen. Bei den Voeben in Heidelberg zu Ende geführten Verhandlungen wurde u. a. einstimmig eine Entschliessung gefaßt, an die Reichsregierung und an die Unterrichtsminister der einzelnen Länder das bringende Ersuchen zu stellen, die Abbaumassnahmen der Kulturfonds einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bedürfe der ersten Pflege und Unterstützung, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden wolle. Eine weitere Entschliessung betrifft die „Einigung mit den großen katholischen akademischen Verbänden mit dem Zwecke einer inneren Verknüpfung, was durch gegenseitige Entsendung von Delegierten in die Verbände dokumentiert werden soll.“

### Aus den Parteien

Am Sonntag, den 12. Oktober, findet in Offenburg ein mittelbadischer Zentrumsparteitag statt. In einer öffentlichen Versammlung im großen Unionsaale werden Reichs- langler a. D. Wirth und Prälat Dr. Schöfer sprechen.



### Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuss in Singen a. S. genehmigte die Abgabe von 8 städtischen Bauplätzen zur Erstellung von Wohnhäusern durch Private. Weiter stimmte er dem Ankauf von einigen der Stadt zum Erwerb angebotener Grundstücke zu. Einem dieser neu erworbenen Grundstücke soll zur Vergrößerung des Sportplatzes Verwendung finden. Mit 62 gegen 1 kommunalistische Stimme wurde der Verpfändung einer Familie zugestimmt. Die Stadt erwirbt den gesamten Grundbesitz der Familie gegen Gewährung einer lebenslänglichen Rente und einiger sachlicher Rechte. Weiter stimmte der Bürgerausschuss der Bestellung eines gemischt besitzlichen Ausschusses zu, dessen Zuständigkeitsgrenze bis zu 50 000 Mark geht. Als letzter Punkt wurde die Einführung einer Feuer- schutzabgabe nach der von der Regierung herausgegebenen Musterfassung beschlossen. Die Vorlage gab Anlaß zu lebhafter Aussprache und wurde vom Gemeinderat während der Sitzung abgeändert.

Oberbaurat Eigner in Freiburg begehrt sein 25jähriges Dienstjubiläum als Bauleiter und Betriebsdirektor des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn. Der Oberbürgermeister hat namens der Stadtverwaltung dem Jubililar in einem besonderen Schreiben den Dank und die Anerkennung der Stadt für den bewiesenen unermüdbaren Fleiß und Pflanzkraft zum Ausdruck gebracht und dem Beamten die besten Wünsche für das fernere Wirken übermittelt.

Bei der Bürgermeisterwahl in Holzhausen am vergangenen Sonntag wurde der Kandidat Heinrich Gebhard zum Bürgermeister gewählt.

### Aus der Landeshauptstadt

Industrienausstellung. Die aus Anlaß der Technischen Woche von der Landesvereinigung Technischer Vereine Baden veranstaltete Industrienausstellung wird am kommenden Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 11 Uhr mit einer Eröffnungsfeier eingeleitet.

Die Karlsruher Evangelische Gemeindegemeinschaft, die sich in den Rahmen der Karlsruher Herbstwoche einfügt und vom 5. bis 12. Oktober währt, beginnt am Sonntag nachmittag mit einer Festaufführung in der Festhalle, bei der die vereinigten evangelischen Kirchenchöre und bedeutende Gesangsvereine mitwirken.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Nach einer Meldung der „Hochschulcorrespondenz“ hat der bekannte Nationalökonom Dr. John Mez in Freiburg seinen Ruf als ordentlicher Professor der Nationalökonomie an die Staatsuniversität von Arizona (U.S.A. Tucson Arizona) erhalten. Dr. Mez hat den Ruf angenommen und dürfte seit dem Beginn der ersten Deutsche sein, der an eine nordamerikanische Universität berufen wird.

Eine apologetische Zentrale für die evang. Landeskirche. Für die evang. Kirche Badens wurde eine apologetische Zentrale geschaffen. Ihre Leitung hat Professor a. D. Dr. Bedeker in Karlsruhe übernommen.

Mosbach, 1. Okt. Am Sonntag, den 5. und Montag, den 6. Oktober veranstaltet der Bezirksobstbauverein in Mosbach in den Räumen der Stadt Wäschetrodenhalle am Reichplatz eine Obst- und Gartenbauausstellung, woran sich die Obstzüchter und Gärtner des Bezirks beteiligen. Die Ausstellung soll nicht allein für das Auge etwas Dekoratives und Schönes bieten, sondern sie soll hauptsächlich einen belehrenden und aufklärenden Charakter tragen. Außer den vielen Obstsorten, die zum Bestimmen aufstehen, wird gut sortiertes und in verschiedenartigen Körben und Kisten vorchriftsmäßig verpacktes Tafelobst, Einheitsportionen für den Bezirk Mosbach, Obstkonzerne und Obstprodukte, Gemüse, Pflanzen, Blumen, Bäume, Beerenträger, Ziersträucher, eine Sammlung der wichtigsten Schädlings- und Nützlinge des Obstbaues, frische Teile von Bäumen, Schädlingsbekämpfungsmittel, praktische Geräte und Maschinen, fachwissenschaftliche Bücher und Schriften etc. ausgestellt sein. Mit der Ausstellung ist ein Glühkäfen verbunden, so daß das dem Verein ausgestellte und gestiftete Obst, Bäume und Geräte etc. auf diesem Wege an die Besucher der Ausstellung verteilt werden können. Allen Obstzüchtern, Freunden und Gönnern des Obst- und Gartenbaues aus Nah und Fern sind Anregungen im reichen Maße und Gelegenheit geboten, durch den Besuch der Ausstellung sich sehr viele fachliche Kenntnisse anzueignen und solche zu erweitern.

### Badisches Landestheater.

Samstag, 4. Okt. 7-9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I M. 4.80. Abonn. E 5. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. Zum erstenmal: Die Karawane. Komödie in 4 Akten von Max Mohr.

### Spielplan vom 5.-14. Oktober:

Im Landestheater. So. 5. Gastspiel: Elisabeth Friedrich, Maria Höllischer-Lorentz, Kammeränger Robert Hutt, Karl Kamann, Wilhelm Franz Reuß, Adolf Schöpplin, Kammeränger Hermann Weiß, sämtliche geborene Karlsruher. Lohengrin. 5<sup>1/2</sup>. (Sp. I 10.-) — Mo. 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001-4400. I. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheaterorchesters. Dirigent: Fritz Cortolozis. Solist: Max Pauer, Direktor des Konservatoriums Leipzig. Zur Feier des 100. Geburtstages von Anton Bruckner: 5. Sinfonie, ferner Werke von Beethoven und Brahms. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 4.50.) — Di. 7. Abonn. C 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201-300. 501-600. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1. Weh dem, der lügt. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 4.80.) — Mi. 8. Abonn. G 5. Th.-Gem. B.V.B. II. Sondergruppe. Die Karawane. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 4.80.) — Do. 9. Abonn. B 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1301-1700. Zar und Zimmermann. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 7.00.) — Fr. 10. Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2001-2300. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1. Der arme Konrad. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 4.80.) — Sa. 11. Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. Neu einstudiert: Ein Sommerstraum. 7. (Sp. I 4.80.) — So. 12. Morgenfeier: Brahm's Vokal-Quartett München. 11<sup>1/2</sup>. (Sp. I 2.50.) Abends 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801-1000. Carmen. (Sp. I 8.00.) — Mo. 13. Ab. F 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 601-800. 1001-1300. Die Karawane. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 4.80.) — Di. 14. Abonn. E 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1701-2000. In der Neueinstudierung und Neuausarbeitung: Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold. 7<sup>1/2</sup>. (Sp. I 7.00.) Im Konzerthaus. So. 5. Der Meisterboxer. 7. (Park. I 3.80.) — So. 12. Die fünf Frankfurter. 7. (Park. I 3.80.)

DZ. Pforzheim, 3. Okt. Der Senat der Universität Tübingen hat Ernst Gideon, Fabrikant in Pforzheim, wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Universität und die Tübingen Studentenhilfe, die Würde des Ehrensenators verliehen.

DZ. Eßental-Müllental (Amt Bühl), 3. Okt. Hier wurden gestern die Pfingstler roten Beeren geerntet. Die Menge ist infolge des im August niedergegangenen Hagels gering, aber die Güte überraschend vorzüglich. Der Most wiegt durchweg 88 bis 90 Grad. Die Reben waren hier vollständig krankheitsfrei und haben in diesem Jahre sehr früh geblüht, was auf die Güte des Reben vorteilhaft einwirkte. Mit dem Herbst der weißen Trauben soll bis gegen Mitte Oktober geerntet werden.

DZ. Bad Dürkheim, 2. Okt. Das große Eisenbahner-Erholungsheim, das hier errichtet wird, soll nun alsbald in Angriff genommen werden, um das Kellergeräusch noch vor dem Winter ausbetonieren zu können. Zur Aushebung des Fundamentes finden etwa 150 Arbeiter Beschäftigung. Im kommenden Frühjahr wird dann die Arbeit weitergeführt.

DZ. Stein am Alb, 2. Okt. Am Sonntag fand hier die Jahresmitgliedserversammlung des 1910 von Interessenten der Nachbarstaaten Schweiz und Deutschland gegründeten Verkehrsvereins statt. Unter den Teilnehmern befanden sich Vertreter sämtlicher schweizerischer Verkehrsvereine bis Schaffhausen. Von Seiten des badischen Verkehrsvereins waren Konstant, Reichenau, Adolfszell, Singen und Wangen anwesend. Kantonsrat Fehr, der Präsident des Vereins, begrüßte die Erschienenen, besonders die badischen Vertreter, welche nach langer durch die Kriegs- und Nachkriegszeit bedingter Trennung wieder zum erstenmal zahlreich erschienen waren. Nach der eingetretenen Erleichterung des Verkehrs durch Ausrüstung des bisherigen Bahzwanges, hat der Verein sofort einen regulären Motorbootverkehr eingerichtet, welcher gut beliebt wird. Auch finanziell ist das Ergebnis des Sommerverkehrs günstig, so daß Gemeindefürsorge nicht in Anspruch genommen werden muß. Es wurden in den Sommermonaten vom Juni bis September zusammen etwa 40 000 Personen befördert. Allgemein wurde auf der Versammlung der Wunsch laut, daß endlich der Grenzverkehr freigegeben werden möge, damit der allgemeine Verkehr wieder aufleben kann.

DZ. Mannheim, 30. Sept. (Herbstbeginn.) Infolge der durch das schlechte Wetter der letzten Tage geförderte Fällnis der Trauben wurde der Herbstbeginn hier auf den 1. Oktober festgesetzt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	3. Okt.		2. Okt.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	162.19	163.01	162.19	163.01
Kopenhagen 100 Kr.	72.92	73.28	72.97	73.33
Italien . . . 100 L.	18.37	18.47	18.36	18.46
London . . . 1 Pf.	18.69	18.79	18.70	18.79
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.65	22.18	22.21	22.33
Schweiz . . . 100 Fr.	80.20	80.60	79.98	80.38
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Brag . . . 100 Kr.	12.50	12.56	12.49	12.55

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbesorgungsstelle vom 30. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 92 sh 10 d, bezw. für ein Gramm Feingold 35,8159 pence.

Der Ausfall der deutschen Ernte. Zu den alarmierenden Meldungen über den Ernteausschlag schreibt die „Vossische Zeitung“: Genaue Zahlen lassen sich noch nicht angeben, da beim Getreide die Durchschnittsergebnisse noch nicht vorliegen und die Kartoffelernte noch im vollen Gange ist. Immerhin läßt sich bereits ein ziemlich abgerundetes Bild herausarbeiten und über das Ergebnis läßt sich folgendes sagen: Roggen schlecht, Weizen durchaus mittel, Kartoffel quantitativ über dem Durchschnitt, qualitativ allerdings beeinträchtigt, Zuckerrüben mittel und Futtermittel gut.

Karlsruher Börse. Die Preise steigen weiter und die Kaufkraft erhält sich auch gegenüber den erhöhten Forderungen. Weizen neue Ernte, handelsüblich 25 bis 26, Roggen neue Ernte, gesund, 23 bis 23,5, Sommergerste gesund, handelsüblich 27, bis 28,5, Hafer neue Ernte, gesund, handelsüblich 20,5 bis 22, Oafer ausl., je nach Probenanz 22,5 bis 24.

Mais mit Saft 21 bis 21,5, Weizenmehl Mühlenforderung 38 bis 38,5, zweifach 37, Roggenmehl Mühlenforderung 36 bis 36,25, zweifach 35,5 bis 36, Weizen- und Roggenfuttermehl 16,5 bis 16,75, Weizen- und Roggenkleie 13,25 bis 13,75, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Vierteiler 16,5 bis 17, Malzkeime 15 bis 15,5. — Mischfuttermittel: loses Miesheu, gut, gesund, trocken 8,5 bis 9, Luzerne 10,25 bis 10,5, Weizen- und Roggenstroh, drabgepreßt 5 bis 5,5, alles per 100 Kilo, Mehl Mühlenfabrikate und Mais mit Getreide ohne Saft, Fruchtpariatat Karlsruhe. — Weine und Spirituosen: Die Lage ist unverändert. Geschäftsabslüsse kamen wenig zustande. — Kolonialwaren: Kaffee und Tee trotz festen Weltmarktpreisen unverändert. Kaffee inländisch 1,60, Kaffee ausländisch 1,5 bis 2,4, Mangonreis 0,44, Graubohnen 0,53, gelbe gepaltene Erbsen 0,40, weiße ungarische Perlbohnen 0,50, Binsen mittel 0,80, amerikanisches Schweinefett 1,85, Salatsöl 1,30, Kristallzucker 0,82 alles per Kilo.

### Verschiedenes

#### Das Eisenbahnunglück in Mainz

Die Erregung über das schwere Eisenbahnunglück steigert sich, wie aus Mainz gemeldet wird, weil die Direktion der französisch-belgischen Regie eine gewisse Geheimnistuerei bei der Bekanntgabe ihrer spärlichen Mitteilungen über den Umfang des Unglücks zeigt. Es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Zahl der Opfer größer ist als die Regie angibt. Das Unglück trug sich nach den bisherigen Feststellungen wie folgt zu: Beim Passieren des Tunnels zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof-Süd verfiel beim D-Zug 670/666 ein Klein-Mannheim die Luftbremse, so daß der Zug im Tunnel hielt. Infolge Versagens der Blockfahrfeststellung auf dem Mainzer Hauptbahnhof war das Geleis des Tunnels nicht zurückgefahren. Obwohl die Blockstelle Mainz-Süd des Tunnelsausganges den D-Zug noch nicht zurückgemeldet hatte und somit das Geleis nicht freigegeben war, ließ der verantwortliche Fahrdienstleiter vom Mainzer Hauptbahnhof 10 Minuten später den fälligen Personenzug 682 Mainz-Borma nach dem Tunnel zu ab. Der Lokomotivführer des Personenzuges konnte wegen des dünnen Dunst und der Biegung des Tunnels den haltenden Zug nicht sehen und fuhr in ihn hinein. Die letzten Wagen des D-Zuges sind schwer beschädigt, ebenso die Lokomotive des Personenzugs.

#### Vor dem Amerikaflug des Z R III

In Friedrichshafen wurde erklärt, daß die dort eingetroffene Nachricht über Maßnahmen des amerikanischen Marine-Ministeriums zur Hilfeleistung bei dem Ozeanflug des „Z R III“ sehr befriedigt hätte. Die von der amerikanischen Marine zur Verfügung gestellten Schiffe dürften jedoch für eine Hilfeleistung schwerlich in Frage kommen. Es bestche in Friedrichshafen kein Zweifel, daß das „Schiff ohne Zwischenfall nach Amerika kommen werde. Bei einem Unglücksfall, also infolge großer Stürme, würde eine Bergung durch Kriegsschiffe bei hohem bewegter See, nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich sein. Dagegen seien die Kriegsschiffe zur Weitergabe von Wetternachrichten und anderen Meldungen sehr willkommen. Die Weiseraute des Luftschiffes sei noch unbestimmt. Sie könne erst einige Tage vor der Abfahrt ungefähr festgelegt werden. Vor der großen Überfahrt werde wohl noch einmal eine kleine Übungsfahrt über dem Bodensee stattfinden, die voraussichtlich am Freitag oder Samstag vor sich gehen werde.

Die Frage, welche Fahrtroute Z R III einschlagen wird, ist noch nicht sicher. Zur Speisung der Motoren für die Überfahrt wird das Schiff 30 000 kg. Wenzin und 2500 kg. Öl mitführen. Dieser Vorrat reicht für eine 130stündige Fahrt. Dr. Eckener rechnet mit einer Fahrtdauer von mindestens 60 bis höchstens 100 Stunden. Diese Maximalzeit kommt aber nur bei starken Stürmen und Gegenböen in Frage. Von der Besatzung des Schiffes werden einige Offiziere, unter ihnen Kapitänleutnant Flemming sowie einige Monteure etwa 4 Monate in den Vereinigten Staaten bleiben, um die amerikanische Besatzung mit den Handhabungen des Schiffes vertraut zu machen. Es liegt noch keine bestimmte Nachricht vor, daß die große Luftschiffhalle abgebrochen werden soll. Ein Berichterstatter will sogar aus autorisierter Quelle erfahren haben, das Weiße Haus habe der Wilschiffstraße durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers die Versicherung gegeben, daß die Vereinigten Staaten bei den alliierten Regierungen intervenieren würden, damit diese auf die Beförderung der Luftschiffhalle in Friedrichshafen verzichteten. Man hofft, daß die anderen Länder, namentlich Spanien und Amerika, neue Bestimmungen geben würden, wodurch die Beförderung der Halle hinausgezögert würde.

### Kammerspiele im Künstlerhaus.

Th.-Gem. B.V.B. (Nummern siehe Plakat.) Der Brand im Opernhaus. 7<sup>1/2</sup>. (Mk. 4.-, 3.-, 2.-.) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 4., nachmittags 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 6. an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

### Hundebesitzer!

Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 11. Mai 1911, wonach alle größeren Hunde — insbesondere Weizhunde, Bernhardiner, Neufundländer, Leonberger, Doggen (Deutsche, Ulmer, Dänische), Bulldoggen (nicht Boxer), Rottweiler — außer dem Hause mit einem das Weigen wirksam verbindenden, wohlbehafteten Maulkorb versehen sein müssen, wird seit langer Zeit nicht mehr eingehalten. Zahlreiche Angriffe von Hunden auf Menschen betreffen uns, die strenge Einhaltung der Vorschrift häufighin zu verlangen. Hundebesitzer, die vom 10. Oktober 1924 ab der Vorschrift zuwiderhandeln, werden bestraft werden. Karlsruhe, den 2. Oktober 1924. O. J. 123 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

E. 752. Karlsruhe. Gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsaufsichtsverordnung wird auf Antrag des Schuldners Max Schmitz, Kaufmann in Karlsruhe, die am 13. Mai 1924 gegen ihn angeordnete Geschäftsaufsicht aufgehoben. Karlsruhe, 26. Sept. 1924. Badisches Amtsgericht A 5. E. 738.22 Mannheim. Die Firma M. Stromeyer Lagerhausgesellschaft in Konstanz hat die dem Kaufmann Otto Pfaff, Mannheim, Koblenstraße 19, unterm 12. November 1923 ausgestellte Vollmachtsurkunde für kraftlos erklärt. Die öffentliche Bekanntmachung dieser Proklamation ist bewilligt. Mannheim, 24. Sept. 1924. Bad. Amtsgericht J. G. II.

## Woll-

Schals  
Mützen  
Garnituren  
Westen  
Handschuhe

D 631

---

## Winter-Sport- Artikel

billigst

## Sporthaus Brannath

KARLSRUHE  
Durlacher Tor.

---

## Metallbetten

Stahlmatt. Ständerbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

E. 753. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Reinhold André Inhaber Walter Demann, Waffen- und Munitionshändler in Karlsruhe, Herrenstraße 21, wurde heute am 1. Oktober 1924, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner den Antrag hierzu gestellt und seine Zahlungsunfähigkeit eingetruert hat. Der Beauftragte Johann Riff, Karlsruhe, Hans Thomaststraße 5, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. November 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gericht zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Dienstag, den 28. Oktober 1924, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 25. November 1924, vormittags 11 Uhr, Akademiestraße 8, 2. Stod., Zimmer Nr. 141. Allen

Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. November 1924 Anzeige zu machen. Karlsruhe, 1. Okt. 1924. Bad. Amtsgericht A 5. **Eisenfreihandverkauf.** Das Badische Fortamt Karlsruhe verkauft aus seinen Domänenverwaltungen freihändig in 5 Losen 275 fm. Eichenstammholz und 2000 fm. L. — III. M. a. u. b. 39 fm. L. — III. M. c. 133 fm. IV. M., 83 fm. V. M. Lössauszüge und Ausfuhr über Fuhrlöhne usw. durch das Fortamt. E. 751 das Fortamt. Angebote sind schriftlich bis spätestens Dienstag, den 21. Oktober d. J., mittags 12 Uhr, beim Fortamt einzureichen. Die Bieter sind 5 Tage an ihrer Gebote gebunden.